



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

Wolfgang Lemb: Deutschland braucht Investitionen

Seite 2

IG Metall-Fachtagung: Energiewende-Markt

Seite 3

Betriebsräte Heizungsindustrie stehen zum Tarif, Industriepolitische Tagung in Brüssel

Seite 4

4
2014

BMWI-BRANCHENDIALOG MASCHINEN- UND ANLAGENBAU

Maßnahmenpaket beschlossen

Die IG Metall hat in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Branchenverband VDMA und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ein Maßnahmenpaket zur Zukunft des Maschinen- und Anlagenbaus beschlossen. Dieses werden die Vertragsparteien gemeinsam umsetzen.



Der Maschinen- und Anlagenbau ist neben der Automobilindustrie in Deutschland eine Schlüsselindustrie. Er ist ein wichtiger industrieller Kern der deutschen Wirtschaft und spielt eine entscheidende Rolle für die ökonomische, beschäftigungspolitische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. In keiner anderen Industriebranche arbeiten in Deutschland so viele Menschen. Im Jahr 2014 hat der Maschinenbau die eine Million-Marke dauerhaft übersprungen.

Der deutsche Maschinenbau kann sich aber nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen. Der internationale Wettbewerbsdruck nimmt vor allem aus Asien und den USA massiv zu. Insbesondere China setzt auf den Maschinenbau und will in HighTech-Segmente vorstoßen, in denen die deutsche Branche besonders stark ist.

Zugleich verlangen Klimawandel, Ressourcenknappheit, Digitalisierung der Wirtschaft, demografischer Wandel und Verschiebungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch vom Maschinenbau neue Antworten. Gemeinsame Anstrengungen sind notwendig, um diese

Herausforderungen zu meistern. Dies hat auch das Bundeswirtschaftsministerium erkannt und in seiner Neuausrichtung der Industriepolitik einen ergebnisorientierten Dialog mit Wirtschaft und Gewerkschaften angestoßen. Im Oktober 2014 hat das BMWi eine öffentliche Konsultation im Maschinen- und Anlagenbau gestartet. Die Ergebnisse der Online-Befragung sind Anfang Dezember 2014 in ein Fachgespräch mit Vertretern der IG Metall und des VDMA/VDW eingeflossen. Maßnahmen zu drei Handlungsfeldern (Beschäftigung, Internationalisierung, Digitalisierung) wurden diskutiert. Am 16. Dezember fand ein Spitzengespräch mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel statt, um die Umsetzungsmaßnahmen zu beschließen (► [Gemeinsame Erklärung](#)).

Entscheidender Erfolgsfaktor für den traditionell gut aufgestellten deutschen Maschinenbau ist seine Kompetenz, optimale wettbewerbsfähige Lösungen für seine Kunden und technische Schlüsselleistungen anzubieten. Die Dialogpartner stimmen überein, dass diese Kompetenz durch

gezielte Anstrengungen in Bildung und Innovation laufend neu erworben werden muss und dass dazu auch ein wesentlicher Beitrag der Politik erforderlich ist.

Qualifizierte Beschäftigte sind der entscheidende Erfolgsfaktor für den Maschinenbau. Damit es dabei bleibt, ist es notwendig, die typischen Berufsbilder und die zugehörigen Ausbildungsinhalte des Maschinenbaus auf ihre Aktualität zu prüfen und anzupassen. Es muss selbstverständlich sein, dass die junge Generation eine Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommt. Dies schließt ausdrücklich Jugendliche mit geringeren Qualifikationen ein. Notwendig ist zudem eine altersgerechte, lernförderliche Arbeitsorganisation für ein kreatives Arbeitsumfeld. Die Dialogpartner haben sich außerdem dazu verpflichtet, den Missbrauch von Werk- und Dienstverträgen zu verhindern und in Missbrauchsfällen gemeinsam aktiv zu werden.

„MADE IN GERMANY“ AUCH IN ZUKUNFT

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist eine Zukunftsaufgabe. Für den Erfolg wird mit entscheidend sein, dass die Beschäftigten frühzeitig in die Gestaltung der Veränderungsprozesse einbezogen werden und ihnen selbstverantwortliches Arbeiten ermöglicht wird. Nur so ist der Nutzen für die Beschäftigten und die Akzeptanz dieser Technologie gegeben. BMWi, VDMA und IG Metall werden sich dafür einsetzen.

Die Vertragspartner bekennen sich zum Industrie- und Produktionsstandort Deutschland. Der Maschinen- und Anlagenbau soll auch in Zukunft die Weltmärkte mit Gütern „Made in Germany“ beliefern. Dazu müssen auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen: ein fairer Welthandel und offene Weltmärkte.

INVESTITIONEN

Wann, wenn nicht jetzt?

In Deutschland wird immer weniger investiert. Das gilt für den Staat genauso wie für die Privatwirtschaft. Die Investitionsquote sinkt seit Jahren. Das Wirtschaftsinstitut DIW errechnet eine Investitionslücke von etwa drei Prozent des Bruttoinlandproduktes. Das sind etwa 80 Milliarden Euro jährlich. Woher soll das notwendige Geld kommen? Darüber macht sich eine Expertenkommission „Investitionsstrategie“ des BMWi Gedanken. Auch Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist Mitglied dieses Gremiums. Hier sein Kommentar.

Deutschland wird seit Jahren kaputt gespart. Die gefeierte „schwarze Null“ im Bundeshaushalt ist teuer bezahlt. Die Anfang 2000 eingeleitete Steuerreform hat den öffentlichen Haushalten massive Einnahmeausfälle beschert. Die damit einhergehende restriktive Haushaltspolitik setzte eine Abwärtsspirale bei den öffentlichen Investitionen in Gang, die nicht durch private Nachfrage kompensiert wurde. Das Ergebnis fehlender öffentlicher Investitionen ist eine marode öffentliche Infrastruktur.

Das Problem scheint mittlerweile im BMWi angekommen zu sein. Mit der Einrichtung der Expertenkommission hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel einen ersten wichtigen Schritt getan, um gemeinsam mit den Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften auszuloten, was möglich ist. Zusammen mit den Branchendialogen und dem neuen Bündnis „Zukunft der Industrie“ ist eine Bühne errichtet, von der aus Deutschlands Rolle als Wachstumsanker in Europa wieder gestärkt werden kann.

FISKALPOLITISCHEN HANDLUNGSSPIELRAUM AUSSCHÖPFEN

Denn mit der Schuldenbremse und dem europäischen Fiskalpakt sind der Regierung nur scheinbar die Hände gebunden. Nach Berechnungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) könnten Bund und Kommunen bis 2018 rund 150 Milliarden Euro mehr investieren, ohne die Schuldenbremse zu tangieren. Zusätzliche öffentliche Infrastrukturinvestitionen stimulieren das Wachstum und senken die Schuldenquote. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den fiskalpolitischen Handlungsspielraum voll auszuschöpfen. Wir wollen Investitionen in die Zukunft, anstatt dass maroden Banken mit Milliarden die Bilanzen ausgeglichen werden.



Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Wann, wenn nicht jetzt, sind zusätzliche Investitionen auch durch Kredite zu finanzieren? Das historisch niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen deflationären Tendenzen erlauben und erfordern sogar eine entschlossene Kraftanstrengung der öffentlichen Hand. Von einem nachhaltigen Investment profitieren sogar noch die Banken, wenn sie das tun, wozu sie da sind – nämlich mit Krediten die wirtschaftliche Tätigkeit einer Gesellschaft zu unterstützen.

Deshalb sollten öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Notwendig ist ein nachhaltiges, ökologisches und sozial ausgewogenes Investitionsprogramm. Auf europäischer Ebene haben die Gewerkschaften vorgeschlagen, einen „Europäischen Zukunftsfonds“ einzurichten.

Das Problem – auch in der Expertenkommission – ist, dass diese Vorschläge von den Vertretern der privaten Wirtschaft nicht angenommen und von der Politik nicht umgesetzt werden. Immer noch haben Konzepte Hochkonjunktur, die schon in der Vergangenheit nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems waren.

Ein solcher Irrweg sind öffentlich-private Partnerschaften. So zeigt sich

zum Beispiel nach Zahlen des Bundesrechnungshofes, dass diese bei fast allen Autobahnprojekten teurer sind als konventionelle öffentliche Finanzierungen. Der Staat muss sich dann zwar nicht weiter verschulden, aber das Versprechen, die Privaten könnten billiger bauen, wurde bislang nie eingehalten.

Kein Wunder: Investoren haben keine Wohltaten im Sinn, sondern wollen Gewinne erwirtschaften. Die Zeche zahlt der Steuerzahler. Staatliche Ausgaben und Konsumnachfrageförderung hingegen begünstigen private Investitionen. Eine strategisch ausgerichtete Energie-, Verkehrs-, Forschungs- und Bildungspolitik, wie die IG Metall sie fordert, setzt Investitionsanreize, fördert Zukunftstechnologien und sorgt dafür, dass Leitmärkte besetzt werden können. Dann gilt auch wieder der Satz, wonach die Investitionen von heute die Arbeitsplätze von morgen sind.

➤ **Weitere Informationen:**

In einem ➤ [Thesepapier](#) haben die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund ihre Positionen für die Expertenkommission „Investitionsstrategie“ dargelegt.

IG METALL-FACHTAGUNG „CHANCE – ENERGIEWENDE-MARKT?!“

Deutschland ist Vorbild

Die Energiewende ist kein Selbstlauf. Dieses Erkenntnis zog sich durch den gesamten Tagungsverlauf. In der regen Diskussion auf der Fachtagung der IG Metall „Chance – Energiewende-Markt?!“ am 4. Dezember 2014 in Frankfurt wurde auch deutlich, dass gerade Betriebsräte und IG Metall in vielen Unternehmen die Initiative ergreifen, um die Energiewende voranzubringen.

Deutschland hat bei der Energiewende in Europa eine hohe Verantwortung. Nach **Wolfgang Lemb**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, muss „die Energiewende nicht nur klimapolitisch erfolgreich sein. Sie muss gerade auch industriell ein Erfolg sein.“ Es gehe darum, eine Balance zwischen Wirtschaft, Arbeitsplätzen und ökologischer Modernisierung zu finden. „Der Strukturwandel muss auch sozial tragfähig sein. Er passiert nicht losgelöst

von Beschäftigten, deren Einkommen und Arbeitschancen.“ Dies sei auch der Hintergrund für die laufende Unterschriftenaktion der Gewerkschaften „Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze“. „Es geht nicht um das ‚Ob‘ der Energiewende, sondern darum, wie wir den Weg zu einer gelungenen Energiewende gestalten,“ so Lemb.

Armin Schild, Bezirksleiter IG Metall Mitte betonte, dass Deutschland gar die Rolle des Vorbilds zukomme. „Wenn wir es nicht schaffen, mit Hilfe von Innovationen und einer nachhaltigen Industriepolitik den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, wer dann?“

Dass die Energiewende technologisch machbar ist, führte **Astrid Ziegler**, Leiterin des Ressorts Industrie-, Struktur- und Energiepolitik beim IG Metall Vorstand, aus. Umwelt- und Effizienztechnologien seien ein riesiger Markt, der weltweit rund 6,5 Prozent

jährlich wachse. Der „Energiewende-Markt“ sei dynamischer Teil eben dieses Marktes und überdies ein wichtiger Beschäftigungsmotor. In Deutschland würden bereits 1,5 Millionen Menschen in der GreenTech-Industrie beschäftigt. Bis 2018 sei mit einem Beschäftigungswachstum von rund sieben Prozent jährlich zu rechnen.

Noch konzentrieren sich Maßnahmen zur Energieeffizienz in Deutschland vor allem auf die Gebäudesanierung, hob **Carola Kantz**, Leiterin Forum Energie beim VDMA, in ihrem Referat hervor. Die Chance liege aber darin, dass insbesondere der Maschinen- und Anlagenbau das Potenzial der Energiewende stärker nutzen könnte, um energieeffizientere Maschinen und Produktionstechniken sowie Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Auch bei der Elektromobilität halte sich die Branche noch immer zu sehr zurück. ➤

Statements aus der betrieblichen Praxis



» Durch die 2012 im neuen Werk gestartete energieeffizientere und hochmoderne Serienproduktion von Windkraftanlagen wurde nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze in der Rotorenherstellung am alten Standort überflüssig. Die meisten betroffenen Kolleginnen und Kollegen konnten wir dort jedoch in einem neu gegründeten Repair-Shop weiterbeschäftigen. Dieser kümmert sich vor allem um die Reparatur und Verbesserung von Modellteilen, beispielsweise um die Weiterentwicklung von Magneten. Perspektivisch möchten wir ein regelrechtes Kreislaufsystem rund um die neuen Modelle aufbauen. Das gibt uns die Chance, vorhandene Qualifikationen zu erhalten, das Know-how der Belegschaft zu erweitern und Arbeitsplätze langfristig zu sichern. «

Donald Magdanz, Betriebsratsvorsitzender Vestas Nacelles, Lübeck



» Wir nehmen bei uns das Thema „Energieeffizienz“ sehr ernst. Wir achten nicht nur darauf, dass die Herstellung unserer Produkte immer weniger Energie verbraucht, sondern kümmern uns auch darum, im Arbeitsalltag Energie einzusparen. Unter anderem haben wir mit dafür gesorgt, eine Halle und ein Bürogebäude als „Green Building“ zertifizieren zu lassen. Das ermöglicht es uns, rund 25 Prozent der Primärenergie einzusparen und auch den CO₂-Verbrauch deutlich zu senken. Auch in dem Betriebsratsausschuss „Infrastruktur“, genießt das Thema „Energieeffizienz“ einen hohen Stellenwert. Nach erfolgtem Neubau der „Green Buildings“ möchten wir hier noch einen Schritt weiter gehen. So denken wir unter anderem darüber nach, ein eigenes Blockheizkraftwerk zu bauen. «

Astrid Heiseler, Betriebsratsmitglied Siemens, Mülheim



» Die Energiewende stellt uns konzernweit vor die Aufgabe, System- und Produkttechnologie zu synchronisieren. Es geht dabei nicht nur darum, die erneuerbaren Energien bei der Produktion stärker zum Zuge kommen zu lassen. Wir sehen uns auch gefordert, energieintensive Produkte mit Hilfe neuester Technik in energieeffiziente umzuwandeln. Wir arbeiten deshalb an einer ganzen Palette von neuen Produkten, entwickeln aber stets auch z.B. unsere Motoren und Pumpen weiter, um effizient den Energieverbrauch zu senken. Gleichzeitig stellen wir uns den neuen Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland in Sachen Energieeffizienz international Marktführer werden kann. «

Lothar Kämpfer, Konzernbetriebsratsvorsitzender ABB AG, Mannheim

► Fortsetzung von Seite 3

Urban Rid, Leiter der Energieabteilung im BMWi stellte sich dem Vorwurf mangelnder Planungssicherheit, der in vielen Diskussionsbeiträgen erhoben wurde. Sie erschwere Investitionen in die Energiewende. Rid verwies auf die von der Bundesregierung gefassten Beschlüsse für einen „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“. Die Bundesregierung habe nachgebessert und sei dabei, den politischen und regulatorischen Stillstand der letzten Jahre zu beseitigen. Sie wolle den Industriestandort Deutschland stützen und habe auch die sozialen Folgen des Strukturwandels fest im Blick, betonte er. „Wir brauchen künftig eine konventionelle Kapazitätsreserve, aber auch mehr Flexibilität und die Verzahnung unterschiedlicher Technologien. Wir sind das Problem der Kostendynamik angegangen und haben mit der Reform des EEG zu einer besseren Steuerung beigetragen. 2015 werden die Strompreise erstmals stabil bleiben oder leicht sinken.“

Die sehr angeregte Diskussion auf fachlich hohem Niveau machte bis zum Schluss deutlich, wie engagiert viele Betriebsräte das Handlungsfeld „Energiewende“ in der betrieblichen Praxis bereits angehen.

Neue Broschüren

NEUER BRANCHENREPORT MASCHINEN- UND ANLAGENBAU

Die Broschüre „HighTech, GreenTech, Gute Arbeit – Zukunftsperspektiven des Maschinen- und Anlagenbaus“ beschreibt die wichtigsten Entwicklungstrends und die zentralen Herausforderungen der Branche. Sie gibt Antworten auf die Fragen, die den Maschinenbau umtreiben: Wie kann er auf den demografischen Wandel angemessen reagieren? Muss die Globalisierung zwangsläufig zu Lasten hiesiger Arbeitsplätze gehen? HighTech versus mittleres Markt- und Technologiesegment – wo liegt die Zukunft? Wie lassen sich die Beschäftigungspotenziale von GreenTech besser erschließen? Wie kann die Branche der Gefahr entgegengehen, dass in einer digitalisierten



Vorankündigung

Auf der **industriepolitischen Konferenz der IG Metall am 26. März 2015 in Brüssel** steht die Re-Industrialisierungsstrategie der Europäischen Kommission im Mittelpunkt. Darüber will sie mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der Wirtschaft diskutieren. So begrüßt die IG Metall die Kernbotschaft der Europäischen Kommission, wonach die Industrie die Hauptrolle spielen muss, wenn Europa

wirtschaftlich stark bleiben soll. Angesichts der Erfahrung aus der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 ist dies ein wichtiges und notwendiges Ziel. Fraglich ist aber, ob die skizzierten Maßnahmen die richtigen Akzente setzen. Reichen sie aus, um die industrielle Basis der Euro-Krisenländer aufzubauen, in den anderen Ländern die Industrie weiterzuentwickeln sowie mehr Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum zu erzielen?

► Weitere Informationen und Anmeldung über: Sarah.Menacher@igmetall.de

Stadtallendorfer Erklärung

BETRIEBSRÄTE DER HEIZUNGSINDUSTRIE BEKENNEN SICH ZUM TARIF

Auf der 16. Branchentagung „Heizungsindustrie“ der IG Metall vom 6. bis 8. Oktober 2014 in Stadtallendorf haben sich die teilnehmenden Betriebsräte in einer gemeinsamen Erklärung darauf verständigt, tarifvertragliche Abweichungen in ihrem Bereich einzudämmen und die Tarifbindung in der Branche zu stärken. Zugleich solidarisieren sie sich darin mit den Kolleginnen und Kollegen von Bosch Thermotechnik, Werk Lollar, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Die Initiative für diese **„Stadtallendorfer Erklärung“** und die Solidaritätsbekundung ging von einem Betriebsrätenetzwerk der IG Metall aus. Solche Netzwerke im Rahmen der Branchen- und Teilbranchenarbeit der IG Metall spielen gerade in Bereichen wie der Heizungsindustrie, die größtenteils mittelständisch geprägt ist, eine starke Rolle, um die Tarifbindung zu stärken und um die Arbeits- und Entgeltbedingungen der dort Beschäftigten zu verbessern.

Fabrik der Zukunft die Hardware des Maschinenbaus austauschbar und die Software dominant wird? Statements von Betriebsräten reichern die Antworten auf diese Fragen an. Das Schlusskapitel enthält Anforderungen der IG Metall an eine die Branche wirksam unterstützende Industriepolitik.

► Bestellungen über: www.igmetall.de/Servicebereich/Shop/
Produktnr. 30769-53324

ANFORDERUNGEN DER IG METALL AN EINE EUROPÄISCHE CO₂-REGULIERUNG BEI PKW

Die Broschüre setzt sich mit möglichen kommenden Schritten bei der europäischen Regulierung der CO₂-Grenzwerte im PKW-Bereich auseinander. Aus Sicht der IG Metall werden durch anspruchsvolle, aber technisch erreichbare Grenzwerte Innovationen auf den Weg gebracht, die nachhaltig Arbeitsplätze sichern. Notwendig ist auch, dass die Automobilunternehmen mehr in Innovation, Forschung und Entwicklung investieren. Gefordert sind

zudem öffentliche Investitionen in Infrastruktur. Am 27. Januar 2015 stellt die IG Metall ihre Positionen und Forderungen bei einer hochrangig besetzten Veranstaltung in Brüssel vor.

► Download im IG Metall-Mitgliederbereich über www.igmetall.de



Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VBo4, 60329 Frankfurt/Main
Verantwortlich: Wolfgang Lemb
Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern, Angelika Thomas, Sascha Treml
Textbearbeitung, Satz und Layout: Agentur WAHLE & WOLF
Fotos: Siemens AG, PantherMedia, Fotolia
Kontakt und Bestellung: sarah.menacher@igmetall.de
Datum: 12/2014